



Rathaus Umschau

Mittwoch, 19. Juni 2019

Ausgabe 115

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	5
› Bericht zum städtischen Wohnungsleerstand: Maßnahmen wirken	5
› Bürgerforum Altenpflege im Alten Münchner Rathaus	5
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 17	6
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 23	8
› Neue Sportarena im Olympiapark: Wettbewerbsarbeiten ausgestellt	9
› Kommende Veranstaltungen des Bauzentrums München	10
› Beflagung der städtischen Dienstgebäude am 20. Juni	11
Antworten auf Stadtratsanfragen	12
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Sonntag, 23. Juni, 12 Uhr, Westpark, Seebühne

Stadträtin Verena Dietl (SPD-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zum Fest der Kulturen im Westpark.

Dienstag, 25. Juni, 10 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Straße 15, Multifunktionsraum, EG

Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft, sowie Vertreter der Münchner Hochschulen präsentieren auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse der aktuellen Studie zum Innovations- und Wissenschaftsstandort München. Die Studie untersucht die Branchen-, Unternehmens- und Forschungsstruktur, die ökonomischen Effekte von Forschung und Innovation sowie die Wahrnehmung des Standorts und leitet daraus Handlungsempfehlungen für die Stadt ab. Statements geben der Autor der Studie, Dr. Georg Klose, Prognos AG, sowie Professor Dr. Hans van Ess, Vizepräsident der Ludwig-Maximilians-Universität München, und Professor Dr. Thomas Stumpp, Vizepräsident der Hochschule München.

Dienstag, 25. Juni, 12 Uhr, Städtisches Luisengymnasium, Luisenstraße 7, Haupteingang Altbau

Bei freiem Eintritt ins Theater, in ein Programmkino oder in ein Münchner Museum – und dabei nochmal die Schulfreundinnen und -freunde treffen: Das geht mit dem neuen Geschenk der Landeshauptstadt München zum Schulabschluss, das Oberbürgermeister Dieter Reiter, Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrätin Beatrix Zurek Schülervertreterinnen und -vertretern des Abiturjahrgangs und der Presse vorstellen. Zum Schuljahresende 2019 werden rund 24.000 Schülerinnen und Schüler erstmals den Kulturgutschein erhalten, den das Referat für Bildung und Sport gemeinsam mit dem Kulturreferat herausgibt. Der Gutschein löst das München-Buch ab, das es seit 1963 als Geschenk für die Absolventinnen und Absolventen gab.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotografen geeignet.

Dienstag, 25. Juni, 18 Uhr, Altes Rathaus

Das Bürgerforum Altenpflege informiert über Pflege,- Wohn- und Versorgungsformen im Alter. Auf dem Podium anwesend sind Gerhard Hinrichsen, Bewohner im Betreuten Wohnen, Sabine Tschainer-Zangl, Inhaberin des Institutes aufschwungalt, Brigitte Herkert von der Koordinationsstelle ambulant betreuter Wohngemeinschaften der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung, Lisa Schwägerl vom Sozialreferat der Landes-

hauptstadt München sowie Ruth Kleininger und Clemens Crone von der GEWOFAG Service GmbH.

(Siehe auch unter Meldungen)

Mittwoch, 26. Juni, 18 Uhr, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28b, Foyer

Im Rahmen der Ausstellung zu den Ergebnissen des Realisierungswettbewerbs „Neue Sportarena im Olympiapark“ findet eine Midissage mit Stadtbaurätin Professorin Dr.(l) Elisabeth Merk zusammen mit René Dimter, Geschäftsführer EHC Red Bull München GmbH, statt. Im Olympiapark wird im Bereich des ehemaligen Radsportstadions eine neue multifunktionale Sportarena mit bis zu 11.500 Sitz- und Stehplätzen entstehen. Neben den Eishockeyspielern des EHC Red Bull München und den Basketballern des FC Bayern München werden in dem neuen Arenakomplex auch öffentlicher Eislauf, Schul- und Vereinssport sowie Verbandssport eine neue Heimat finden. Die Ausstellung der Entwurfsarbeiten ist von Montag, 24., bis einschließlich Freitag, 28. Juni, 8 bis 18 Uhr, im Foyer des Hochhauses an der Blumenstraße zu sehen.

(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 26. Juni, 18.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen-Am Hart). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Fredy Hummel-Haslauer statt.

Mittwoch, 26. Juni, 17.30 bis 19 Uhr, BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Donnerstag, 27. Juni, 17 bis 19 Uhr, HeideTreff Nachbarschaftstreff, Karl-Köglsperger-Straße 13 (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann).

**Donnerstag, 27. Juni, 19 Uhr, Turnhalle der Ricarda-Huch-Realschule,
Wilhelmstraße 29 (nicht rollstuhlgerecht)**

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 12 (Schwabing-Freimann), Bezirksteil Schwabing-Alte Heide. Die Versammlungsleiterin Stadträtin Dr. Evelyne Menges, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bezirksinspektion Mitte, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty.

Donnerstag, 27. Juni, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering-Riem).

Donnerstag, 27. Juni, 19 Uhr, Dreifachturnhalle der Grundschule an der Fährichstraße 53 (rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16 (Ramersdorf-Perlach), Bezirksteil Ramersdorf. Der Versammlungsleiter Stadtrat Marian Offman (CSU-Fraktion) und der Bezirksausschussvorsitzende Thomas Kauer informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Thomas Kauer.

Meldungen

Bericht zum städtischen Wohnungsleerstand: Maßnahmen wirken

(19.6.2019) In einer Woche wird der Vollversammlung des Münchner Stadtrats der jährliche Bericht zum Wohnungsleerstand im städtischen Bestand vorgestellt.

Wie der Bericht zeigt, erweisen sich die ergriffenen Maßnahmen zur Vermeidung von Leerständen als wirksam. So wird beispielsweise für jede leerstehende Wohnung die Möglichkeit von Zwischennutzungen geprüft. Seit Beginn der Berichterstattung 2013 ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen auf 59 gesunken. Der größte Teil dieser 59 Wohneinheiten steht aufgrund nachvollziehbarer Ursachen leer, wie zum Beispiel fehlende Statik.

Rein statistisch kommen zu dieser Zahl noch 268 Wohnungen hinzu, die allerdings lediglich auf Grund von Modernisierungs- beziehungsweise Sanierungsmaßnahmen vorübergehend leer stehen. Während der Modernisierungsarbeiten werden Bestandsmieter meist in Ersatzwohnungen untergebracht, sodass deren Wohnungen während der Modernisierung faktisch leerstehen. Allerdings achten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften darauf, dass kein längerfristiger Leerstand entsteht.

Dies zeigt sich zum Beispiel an der Siedlung an der Bad-Schachener-Straße /Haldenseestraße: hier werden im Zuge von Neustrukturierungen und Modernisierungsmaßnahmen 93 Wohnungen durch die GWG saniert. Der Baubestand mit Kleinstwohnungen aus den 1940er und 1950er Jahren wird sukzessive abgebrochen und durch familienfreundliche und komfortable Neubauwohnungen ersetzt. Ähnliche Maßnahmen sind an der Schleißheimer Straße 450, an der Kämpferstraße und an der Gube-/Baubergerstraße geplant.

Die Landeshauptstadt München verfügt zum Stichtag 31. Dezember 2018 zusammen mit ihren Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG über einen eigenen Wohnungsbestand von rund 73.500 Wohneinheiten, was einem Anteil von etwa 9 Prozent am Gesamtwohnungsbestand in München entspricht.

Bürgerforum Altenpflege im Alten Münchner Rathaus

(19.6.2019) In München gibt es ein vielfältiges Versorgungsangebot für ältere und pflegebedürftige Menschen, dabei ergänzen neue Wohn- und Versorgungsformen die Angebotsvielfalt. Um bei Bedarf gut entscheiden zu können, ist es sinnvoll, sich gründlich zu informieren – am besten zu einem Zeitpunkt, zu dem noch kein Handlungsdruck besteht.

Das Bürgerforum Altenpflege am Dienstag, 25. Juni, bietet von 18 bis 20.15 Uhr älteren Menschen und Angehörigen die Möglichkeit, sich einen Überblick über ausgewählte Pflege,- Wohn- und Versorgungsformen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit zu verschaffen.

Auf dem Podium informieren Gerhard Hinrichsen, Bewohner im Betreuten Wohnen, Sabine Tschainer-Zangl, Inhaberin des Institutes aufschwungalt, Brigitte Herkert von der Koordinationsstelle ambulant betreuter Wohngemeinschaften der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung, Lisa Schwägerl vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München sowie Ruth Kleininger und Clemens Crone von der GEWOFAG Service GmbH. Sie stellen ausgewählte Wohn- und Versorgungsformen, wie „Betreutes Wohnen“, „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“ und „Wohnen im Viertel“ vor.

Neben den Vorträgen der Podiumsgäste hat das Publikum am Ende der Veranstaltung die Möglichkeit, Fragen und eigene Beiträge einzubringen. Im Foyer gibt es ergänzend Informationsstände, die das Thema aufgreifen. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Die Teilnahme ist auch für mobilitätseingeschränkte Menschen möglich.

Rollstuhlfahrer sowie Menschen, die eine Gehhilfe benötigen oder einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, werden jedoch gebeten, sich im Vorfeld telefonisch unter 233-96966 zu melden.

Der Veranstaltungsort ist mit einer induktiven Höranlage für schwerhörige Menschen ausgestattet und alle Redebeiträge werden von Gebärdensprachdolmetscherinnen übersetzt.

Veranstalter ist die städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege. Weitere Infos zur Veranstaltung und zur Tätigkeit der Beschwerdestelle finden sich unter www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege sowie telefonisch unter der 233-96966 oder persönlich in der Burgstraße 4, Raum 121.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 17

(19.6.2019) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 17 (Obergiesing-Fasangarten) mit, dass die Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr, in der Aula des Anton-Fingerle-Bildungszentrums, Schlierseestraße 47, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeister Manuel Pretzl. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Carmen Dullinger-Oßwald über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Neubaugebiet an der Münchberger Straße – aktueller Sachstand
2. Tegernseer Platz und Tegernseer Landstraße Nord – Umgestaltung

3. Gestaltung Auguste-Kent-Platz – Bürgerbeteiligung und Zeitplan
4. Weißenseepark – 3. Bauabschnitt „Katzenbuckel“
5. Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes in der Oberen Grasstraße 1 – aktueller Sachstand
6. Saisonale Umnutzung von Straßenräumen – „Sommerstraße“ am Edelweiß- und Alpenplatz
7. Parkraummanagement, Umsetzung neuer Parklizenzbereiche – Sachstand
8. Immissionsschutz an der Tegernseer Land- und Chiemgaustraße
9. Verkehrssicherheitsaktion der Schule an der Ichostraße
10. Schulbauprogramm/Schulbauoffensive – Sachstand Grundschulen
11. Einweihung des „Pöllat-Pavillons“ (Familienzentrum)
12. Projekt „Soziale Stadt Giesing“ – Fortführung eines Stadtteilmanagements über das Jahr 2020 hinaus

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden. Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland unter www.gmu.de, per E-Mail an regionalcenter@gmu.de, Telefon 99269822, Fax 992698-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 233-25241.

Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadtinformation und die Bezirksausschussvorsitzende Carmen Dullinger-Oßwald.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 23

(19.6.2019) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 23 (Allach-Untermenzing) mit, dass die Bürgerversammlung des 23. Stadtbezirkes am Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr, in der Kantine der Firma Krauss-Maffei, Reinhard-von-Frank-Straße 16, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Alexander Reissl, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Heike Kainz über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Fertigstellung Oertelplatz
2. Fertigstellung Ludwigsfelder Straße
3. Sogenannte Junkersstraße
4. Ausbau der Theodor-Fischer-Straße
5. Ausbau des Pasinger Heuwegs Süd
6. Ausbau der Stieglstraße
7. Tangentialbuslinien (X80 und X36)
8. Grundschule an der Theodor-Fischer-Straße
9. Machbarkeitsstudie Franz-Nißl-Straße
10. Grundschule an der Manzostraße
11. Neuer Standort für die Carl-Spitzweg-Realschule
12. Sport- und Schwimmhalle an der Pfarrer-Grimm-Straße

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23 und 25, Landsberger Straße 40, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland unter www.gmu.de, per E-Mail an regionalcenter@gmu.de, Telefon 99269822, Fax 992698-21, oder das

Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 233-25241.

Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Heike Kainz.

Neue Sportarena im Olympiapark: Wettbewerbsarbeiten ausgestellt

(19.6.2019) Der Olympiapark bekommt eine neue multifunktionale Sportarena. Von Montag, 24., bis einschließlich Freitag, 28. Juni, 8 bis 18 Uhr, hat man die Gelegenheit, sich im Rahmen einer Ausstellung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28b, über das Wettbewerbsergebnis „Neue Sportarena im Olympiapark“ zu informieren. Im Zuge der Ausstellung findet dort am Mittwoch, 26. Juni, um 18 Uhr eine Midissage mit Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk und René Dimter, Geschäftsführer EHC Red Bull München GmbH, statt.

Im Olympiapark soll dort, wo einst das Radsportstadion stand, eine neue multifunktionale Sportarena mit bis zu 11.500 Sitz- und Stehplätzen entstehen. Neben den Eishockeyspielern des EHC Red Bull München und den Basketballern des FC Bayern München werden in dem neuen Arenakomplex auch öffentlicher Eislauf, Schul- und Vereinssport sowie Verbandssport (Shorttrack, Eiskunstlauf) eine neue Heimat finden. Um eine dem besonderen Standort im denkmalgeschützten Ensemble Olympiapark angemessene hohe architektonische und landschaftliche Qualität des Neubaus sicherzustellen, hat die Red Bull Stadion München GmbH in enger Abstimmung mit der Stadt München einen Realisierungswettbewerb durchgeführt, zu dem acht Arbeitsgemeinschaften eingeladen waren.

Ein wesentlicher Teil der Wettbewerbsaufgabe lag in der Einbindung der Sportarena in die Landschaft und darin, angemessene gestalterische Bezüge zum benachbarten Olympiastadion zu schaffen. Hierfür wird die Arena eingesenkt und ihre Höhe auf maximal 20 Meter beschränkt, sodass sie sich gut in die bestehende Baumkulisse einfügt.

In der Preisgerichtssitzung im November 2018 wurde die Arbeitsgemeinschaft 3XN Architekten aus Kopenhagen und Latz + Partner, Kranzberg mit dem ersten Preis gekürt. Ihr sehr kompakter Entwurf zeichnet sich durch seine wie selbstverständlich gestaltete landschaftliche Einbindung in den Olympiapark aus. Die Arena tritt als ovaler, eigenständiger Solitär hervor. Ihre Fassade wird durch eine vertikale Lamellenstruktur geprägt, die über

den Haupteingängen nach oben schwingt, plastische Effekte erzielt und die Licht- und Farbwirkung der Umgebung aufnimmt. Die gläserne Fassade hinter der Lamellenstruktur erlaubt rundum Sichtbeziehungen aus der Arena in den Olympiapark. Die Dachfläche ist intensiv begrünt und ermöglicht über eine Dachterrasse Ausblicke auf das Olympiastadion und den Olympiaberg. Der der Arena westlich vorgelagerte niedrigere Gebäudeteil mit drei Eisflächen ist eingegraben und wird zu einem begrüntem Hügel modelliert, der die Topografie der Landschaft aufnimmt und das bestehende Wegesystem des Parks logisch fortführt.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

Kommende Veranstaltungen des Bauzentrums München

(19.6.2019) Das Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Die mitbauzentrale muenchen lädt in Kooperation mit dem Bauzentrum München am Montag, 24. Juni, um 18 Uhr zum Stadteilspaziergang im Prinz-Eugen-Park ein. Der Treffpunkt ist an der Haltestelle Prinz-Eugen-Park der Tramlinien 16 und 17. Die Teilnahme ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Mara Roth von der Genossenschaft für Quartiersorganisation führt durch das Neubaugebiet Prinz-Eugen-Park und stellt mehrere Projekte des Konsortiums vor. Die ehemalige Prinz-Eugen-Kaserne im Münchner Osten ist eine von mehreren freigegebenen Militärf Flächen, die die Stadt München städtebaulich entwickelt. Auf dem 30 Hektar großen Gelände entsteht seit 2017 ein neues Quartier mit etwa 1.800 Wohnungen. Fast 600 Wohnungen sind als Ökologische Mustersiedlung geplant. Das Besondere am Prinz-Eugen-Park ist, dass sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag mit Genossenschaften, Baugemeinschaften und freien Bauträgern zu einem Konsortium zusammengeschlossen haben, um auf dem Areal neben Wohnanlagen soziale Einrichtungen und andere Angebote wie Mobilitätsstationen zu errichten.

- Am Dienstag, 25. Juni, 18 Uhr, findet im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, in Kooperation mit dem Mieterverein München ein Infoabend zum Thema „Schönheitsreparaturen unter Berücksichtigung der aktuellen BGH-Rechtsprechung“ statt. Der Eintritt ist frei. Rechtsanwalt Achim Steiger vom Mieterverein München informiert in seinem Vortrag zum Thema Schönheitsreparaturen im Mietvertrag sowie über die gesetzliche Instandhaltungspflicht der Vermieterin beziehungsweise des Vermieters im Rahmen des Mietverhältnisses. Die aktuelle Rechtsprechung wird vorgestellt und häufig bestehende Irrtümer auf beiden Vertragsseiten eines Mietverhältnisses werden aufgeklärt.

Schönheitsreparaturen sind rein dekorative Arbeiten wie zum Beispiel das Streichen der Wände, die in einer vermieteten Wohnung zur Verbesserung des Aussehens der Zimmer und zur Behebung von oberflächlichen Schäden vorgenommen werden.

- Am Dienstag, 25. Juni, 18.30 Uhr, findet in der Münchner Volkshochschule (MVHS) Nord am Scheidplatz, Belgradstraße 108, der Vortrag „Strom erzeugen auf dem eigenen Balkon“ statt. Der Eintritt ist frei. Solarteurin und Energieberaterin Cigdem Sanalmis erläutert in ihrem Vortrag, wie Mini-Solar-Anlagen auf dem Balkon genau funktionieren, welche Regelungen es gibt, ob sich die Investition finanziell lohnt und was sonst noch zu beachten ist. Mit Photovoltaik-Anlagen im Mini-Format ist es seit Kurzem möglich, sogar auf dem eigenen Balkon Strom zu erzeugen und in das Stromnetz der eigenen Wohnung einzuspeisen. Je nach Größe der Anlage können dabei zwischen fünf und zwanzig Prozent des durchschnittlichen Strombedarfs eines Haushalts gedeckt werden.

Infos sind unter www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de oder telefonisch unter 546366-0 abrufbar.

Beflaggung der städtischen Dienstgebäude am 20. Juni

(19.6.2019) Aus Anlass des „Tages der Heimat“ und des „Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ werden am Donnerstag, 20. Juni, die städtischen Dienstgebäude beflaggt.

Antworten auf Stadtratsanfragen

München braucht einen dritten Wagenplatz – Zwischennutzung des Städtischen Grundstückes MK2 an der Ganghoferstraße 72 für den Verein „Rad und Tat“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Angelika Pilz-Strasser, Thomas Niederbühl und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 12.12.2018

Den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre verleihen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Heike Kainz und Frieder Vogelsang (CSU-Fraktion) vom 13.12.2018

Anfrage II: Hallenkapazitäten für Turniere

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 5.2.2019

Erinnern an das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Horst Lischka, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knor, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion) vom 18.3.2019

München braucht einen dritten Wagenplatz – Zwischennutzung des Städtischen Grundstückes MK2 an der Ganghoferstraße 72 für den Verein „Rad und Tat“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Angelika Pilz-Strasser, Thomas Niederbühl und Oswald Utz
(Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 12.12.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Nach Paragraph 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtrats-Mitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Sie beantragen einen dritten Wagenplatz für den Verein „Rad und Tat“ auf dem Grundstück MK2 an der Ganghoferstraße 72. Der Inhalt des Antrages betrifft damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Artikel 37 Abs.1 GO und Paragraph 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 12.12.2018 teilen wir Ihnen aber folgendes mit:

Die mit der von Rad und Tat beabsichtigten Grundstücksnutzung verbundenen Fragestellungen wurden bereits in einer Besprechung am 27.03.2018 und in zwischenzeitlichen Schreiben an Rad und Tat dargelegt. Rad und Tat wurden gebeten, diese mit den dazu zuständigen Behörden abzuklären. Das Kommunalreferat hat sich bezüglich der von Ihnen gewünschten Nutzung mit der Lokalbaukommission abgestimmt und eine Stellungnahme eingeholt.

Die Lokalbaukommission teilte dem Kommunalreferat Folgendes mit:

„Aus Sicht der Lokalbaukommission erweist sich das Grundstück an der Ganghoferstraße auch nach nochmaliger Prüfung für die beabsichtigte Nutzung als nicht geeignet (Artikel 4 Abs. 1 Nr. 1, 11 und 13 BayBO). Die vom Lärmgutachter im Rahmen der Begutachtung des Grundstücks für den Schulbau festgestellten Lärmgrenzwerte tags und nachts machen einen Aufenthalt in Waggons, die nahezu keinen baulichen Schallschutz bieten, unmöglich. Die Lärmwerte liegen weit über den gesundheitlich zuträglichen Werten und zwar sowohl tags, wie in der Nacht. Das RGU wurde dazu nicht eingeschaltet – dies ist aber wegen der deutlichen Überschreitung jeglicher Richtwerte auch nicht notwendig. Lärmschutzeinrichtungen an der Bahnstrecke sind nach hiesiger Einschätzung jedenfalls kurzfristig

und ohne bahnrechtliche Verfahren nicht möglich. Weiter erscheint auch das Problem des Rauchabzugs nicht lösbar. Der Rauch wird sich bei Inversionslagen in der kesselartigen Senke sammeln. Bei normalem Klima wird er in die nordöstlich angrenzenden Wohngebiete eindringen. Insbesondere die Fassade der nördlich anschließenden Wohnanlage der GWG wird mit Sicherheit beeinträchtigt werden. An die Verwendung von Feuerstätten für den Holzbrand sind heute technisch derart hohe Anforderungen zu stellen, dass dies zumindest an diesem beengten Ort nicht lösbar erscheint.“

Darüber hinaus teilte die Lokalbaukommission mit: „Wagenburgen, also Wohnen in Zirkus- oder Eisenbahnwagons, ist grundsätzlich als Art der Nutzung in keinem der Baugebiete der BauNVO (Baunutzungsverordnung) zulässig (...) Wegen der durchgängigen Abweichung von baurechtlichen und anderen Standards kommt die Erteilung einer Baugenehmigung nicht in Betracht“. Die Lokalbaukommission hat hierzu auf obergerichtliche Rechtsprechung verwiesen.

Aus den dargestellten Gründen kann daher das Kommunalreferat weder für das Flurstück 8446/5 noch für weitere Liegenschaften im Stadtgebiet München den Abschluss eines Grundstücksmietvertrages anbieten. Bei den Wohnprojekten Stattpark OLGA sowie Hin und Weg ist die Sachlage insoweit anders, als diese beiden Wohnprojekte bisher städtische Flächen belegt hatten, die im öffentlichen Interesse dringend frei gemacht werden mussten.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre verleihen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Heike Kainz und Frieder Vogelsang (CSU-Fraktion) vom 13.12.2018

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Weg zu Ihrem Antrag Nr.14-20 / A 04779 vom 13.12.2018 Folgendes mit:

Mit oben genanntem Antrag fordern Sie, den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre zu verleihen. Ein Beschluss zur Änderung des aktuellen Verfahrens der Vergabe des städtischen Architekturpreises wird nach eingehender Prüfung jedoch nicht empfohlen. Wie im Folgenden detaillierter dargestellt, ist davon auszugehen, dass die Änderung des Vergabeverfahrens den angestrebten Effekt, den architekturkritischen Diskurs in der breiten Öffentlichkeit zu stärken, kaum befördert. Dem entgegen würde die Neuorganisation aller drei zusammenhängender Preise – Architekturpreis, Kunstpreis und Designpreis – eine deutliche Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen fordern – ohne dem angestrebten Ziel zu dienen.

In Ihrem Antrag „Den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre verleihen“ führen Sie an, dass „die Debatte um Stadtgestaltung, die Baukultur und die Frage, was ist gute Architektur“ zumeist dann öffentlich geführt wird, „wenn die Politik sie auf die Tagesordnung nimmt oder im Rahmen des Bauplanungsrechts geführt werden müssen“. Mit dem Antrag, den Architekturpreis zukünftig biennial zu verleihen und den aktuellen Turnus der Preisverleihung von drei auf zwei Jahre zu ändern, soll erreicht werden, dass die Debatte in eine breitere Öffentlichkeit hinein getragen wird.

Wie im Antrag angeführt, ist der „Architekturpreis der Landeshauptstadt München“ die höchste städtische Auszeichnung im Bereich Architektur. Der Preis wird für das herausragende Gesamtwerk von Architektinnen und Architekten (bzw. Teams) verliehen, die in München oder der Region München leben bzw. eine enge Verbindung zu München als Ort ihres Schaffens haben. Ausgezeichnet werden in erster Linie qualitativ herausragende gestalterische Leistungen in der Planung und Realisation von Projekten; im Ausnahmefall können auch Persönlichkeiten gewürdigt werden, die besondere Leistungen in Wissenschaft und Lehre und für die Architekturvermittlung erbracht haben – wie 2018 mit der Auszeichnung von Nicola

Borgmann geschehen. Der Architekturpreis wurde – in Nachfolge der Förderpreise Architektur – 1974 als triennial zu verleihender Preis von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen und 1977 erstmals verliehen. Er wird jeweils alternierend mit dem Kunstpreis und dem Designpreis der Stadt vergeben. Wie im Beschluss vom 17.01.2008 formuliert, werden mit dem Architekturpreis ungeachtet ihrer konkreten „Verwertbarkeit“ für Planungsaufgaben und Bauprojekte, künstlerische/kulturelle Leistungen gewürdigt. Die Auszeichnung schließt ein Preisgeld von 10.000 Euro ein sowie eine Preisverleihung, die vom Kulturreferat als geladene Veranstaltung organisiert wird.

Unterschiedliche bereits existierende öffentliche Foren, Ausstellungsprojekte und -institutionen, die der Antrag zum Teil ebenfalls benennt – wie das Haus der Architektur der Bayerischen Architektenkammer mit seinen Veranstaltungsreihen, das Architekturmuseum der TUM, die Architekturgalerie München, die jährliche Ausstellung „Zukunft findet Stadt“ des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, die als Reihe in der Rathausgalerie stattfindet, der PlanTreff des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, der als Informations- und Diskussionsforum zur Stadtentwicklung organisiert wird, der Arbeitskreis im Deutschen Werkbund Bayern e.V. mit seinen Projekten und Veranstaltungen, aber auch die Ausstellungen der Förderpreise für Architektur, oder einzelne, kleinere Projekte wie die Reihe „Prinzip Hoffnung Junge Architektur für die Stadt“ im städtischen Kunstraum MaximiliansForum, bieten regelmäßig Raum für eine öffentliche Diskussion und die Auseinandersetzung mit innovativen, zukunftsweisenden Architekturkonzepten und qualitätvollen Positionen.

Die Vermittlung und Sensibilisierung für die Themen und die Qualität von Architektur und die Beteiligung am öffentlichen Diskurs wirken vor allem im Zuge konkreter Planungsvorhaben und ihrer Prozesse, wie dies in den letzten Jahren immer wieder zu beobachten war. Ebenso kann sich ein öffentliches Bewusstsein für die Fragen der Stadtgestaltung und Baukultur an den Orten entwickeln, die ein kontinuierliches Angebot an Ausstellungsprojekten, Veranstaltungen, Vorträgen und Diskussionen bieten, die zugleich auch eine begleitende öffentliche Rezeption durch die Medien erfahren. Nach Einschätzung des Kulturreferats ist eine Veränderung der Vergabe des Architekturpreises, mit dem jeweils das herausragende Gesamtwerk von Architektinnen und Architekten ausgezeichnet werden soll und der damit rückblickend argumentiert, wenig effektiv bei dem Bestreben einen architekturkritischen Diskurs in der breiten Öffentlichkeit zu stärken.

Da es sich um die höchste und damit eine besondere Auszeichnung der Stadt in diesem Bereich handelt, ist davon auszugehen, dass sich bei einer entsprechend häufigeren Vergabe eine gewisse Beliebigkeit der Auszeichnung einstellen würde. Zum anderen ist nicht zu argumentieren, weshalb der Designpreis und der Kunstpreis – in die der Architekturpreis in abwechselnder Reihenfolge entsprechend dem aktuellen Verfahren eingebunden ist – nicht in gleicher Weise jeweils biennal verliehen werden sollten. Eine Änderung in Bezug auf den Architekturpreis würde eine Umstrukturierung aller drei Preise fordern. Dies würde nicht nur eine Erhöhung der Mittel für die einzelnen Auszeichnungen bedingen, sondern auf Grund des nötigen höheren organisatorischen Aufwands eine Erhöhung der personellen Ressourcen erfordern, ohne dem im Antrag genannten, angestrebten Effekt zu dienen.

Für die Steigerung der Wahrnehmung und Auseinandersetzung einer breiteren Öffentlichkeit mit innovativen Positionen und Projekten zu Fragen der Stadtplanung und Baukultur erscheint viel mehr die Erweiterung des bereits bestehenden öffentlichen und offen zugänglichen Angebots maßgeblich. So werden die aktuellen Bestrebungen, den Bunker in der Blumenstraße zu einem neuen Ort für den Architektur-Diskurs in München aufzubauen, als geeignetere Maßnahme eingeschätzt.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Anfrage II: Hallenkapazitäten für Turniere

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 5.2.2019

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

In Ihrer Anfrage teilen Sie uns Folgendes mit:

Sportfachverbände monieren, dass sie für Turniere und größere Vereinsveranstaltungen nur schwer geeignete Hallen mit Zuschauertribünen finden.

Sie bitten in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:

Wann und wie stehen den Vereinen entsprechende Hallenkapazitäten zur Verfügung?

Antwort:

Das Referat für Bildung und Sport verfügt derzeit über elf Dreifachsporthallen und vier Doppelsporthallen, die mit Tribünen ausgestattet sind und für eine Zuschauerkapazität zwischen 100 und 500 Personen ausgelegt sind. Für Turniere oder Sportveranstaltungen mit Zuschauerbeteiligung werden daher primär diese Sportstätten zur Verfügung gestellt.

Während der Monate Oktober bis März bzw. April finden in diesen Sporthallen die Punktspiele der verschiedenen Hallensportarten (Basketball, Handball, Volleyball, Hockey etc.) statt. Falls in diesem Zeitraum zusätzlich Turniere stattfinden sollen (v.a. im Bereich Kinderfußball) kann es daher tatsächlich zu Engpässen kommen. Dem Zentralen Immobilienmanagement gelingt es in der Regel trotzdem, geeignete Sporthallen anzubieten, falls von Seiten der Antragsteller Flexibilität hinsichtlich Zeitpunkt und Hallenstandort besteht. Allerdings wird dem Punktspielbetrieb stets der Vorrang eingeräumt.

Frage 2:

Können alle angemeldeten Turniere und Vereinsveranstaltungen stattfinden?

Antwort:

In der Saison 2018/2019 konnten nur vereinzelt Turniere oder Veranstaltungen nicht stattfinden, meistens dann, wenn die Antragsteller die angebotenen Alternativen nicht akzeptiert haben. Dem Großteil der Anfragen konnte allerdings entsprochen werden.



Regelmäßig abgelehnt werden dagegen Anfragen für Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Zuschauern, da sich im Bestand des Referates für Bildung und Sport keine Schulsporthalle mit einer derart großen Kapazität findet.

Grundsätzlich werden alle Neubauten von Schulsporthallen mit drei oder mehr Halleneinheiten mit einer Tribüne für 199 Personen errichtet, in standortbezogenen Einzelfällen auch mit Tribünen für bis zu 500 Personen. Durch diese neuen Sporthallen, die im Rahmen der Schulbauoffensive errichtet werden, wird sich in Zukunft die Versorgungssituation deutlich verbessern.

Erinnern an das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Horst Lischka, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knor, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion) vom 18.3.2019

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Ihren Antrag vom 18.03.2019 „Erinnern an das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933“ erlaube ich mir per Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 18.03.2019 möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Sie beantragen: „Im Jahr 2023 jährt sich der Erlass des Ermächtigungsgesetzes der Nationalsozialisten zum 90. Mal. Das Kulturreferat wird gebeten, zum Gedenken an diesen Anlass Veranstaltungen und/oder Ausstellungen zu planen und zu organisieren.“

Das NS-Dokumentationszentrum München plant, sich im Jahr 2023 den Ereignissen des Jahres 1933 und ihrer weitreichenden und vielfältigen Auswirkungen zum Beispiel in einer Ausstellung oder einer Veranstaltungsreihe zu widmen. Im Rahmen dessen wird auch der Erlass des Ermächtigungsgesetzes, der sich 2023 zum 90. Mal jähren wird, wie in Ihrem oben genannten Antrag erbeten, thematisiert werden.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 19. Juni 2019

Tanzveranstaltungen in Parks und Grünanlagen – was kann die Stadt tun, um das Konzept in München zu etablieren?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Ulrike Grimm und Manuel Pretzl (CSU-Fraktion)

Stadtstrand – Naherholung statt Kommerz-Spektakel!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer und Andre Wächter (Fraktion Bayernpartei)

Radeln im Grünen I: Radverkehrsrouten auch weiterhin durch Grünflächen führen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Radeln im Grünen II: Radverkehrsrouten im Grünen verknüpfen, verbessern und veröffentlichen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Radeln im Grünen III: Konfliktzonen zwischen Rad- und Fußverkehr in Grünanlagen vermeiden und entschärfen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Radeln im Grünen IV: Unvermeidliche Konfliktzonen zwischen Rad- und Fußverkehr in Grünanlagen optisch erkennbar machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadträtin Ulrike Grimm

ANFRAGE

19.06.2019

Tanzveranstaltungen in Parks und Grünanlagen – was kann die Stadt tun, um das Konzept in München zu etablieren?

In vielen Städten Deutschlands finden in Parks und Grünanlagen regelmäßig (öffentliche) Tanzveranstaltungen statt, bei denen Anwohner und Besucher kostenlos das Tanzbein schwingen können. Egal ob Standardtänze, Salsa oder moderner Streetdance, egal ob mit großer Band, kleiner Combo oder mit Musik vom Tonband – diese Tanzveranstaltungen werden in der Regel sehr gut angenommen und von vielen Personen besucht. Denn Tanzen macht nicht nur Spaß und hält fit und gesund, sondern bringt außerdem Menschen unterschiedlichster sozialer und gesellschaftlicher Hintergründe zusammen. Auch die Einwohner der Landeshauptstadt München wünschen sich vermehrt solche Tanzveranstaltungen im öffentlichen Raum.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wo und wie viele derartige Angebote gibt es in München?
2. In welchen Parks, Grünanlagen oder Plätzen haben die Tanzveranstaltungen stattgefunden?
3. Wäre das Konzept geeignet, wenig frequentierte Grünanlagen und Plätze für die Stadtbevölkerung attraktiver zu machen?

Initiative:
Manuel Pretzl, Stadtrat
2. Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Grimm
Stadträtin



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.06.2019

ANTRAG
Stadtstrand – Naherholung statt Kommerz-Spektakel!

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept, um die sommerliche Stadtstrand-Veranstaltung wieder zurück zur ursprünglichen Idee zu bringen, der Belebung eher unattraktiver Orte in der Stadt. Wichtig ist dabei, dass es auch Angebote zur kostenlosen Nutzung gibt und nicht der Kommerz im Vordergrund steht. Außerdem sollen Nachbarn und Anwohner in die Planungen einbezogen werden. Plätze in der Stadt, deren Anwohner ganzjährig schon von Lärm und Veranstaltungen belastet sind, kommen für den Stadtstrand nicht in Frage. Bei Veranstaltungsorten in Nähe zu Wohnbebauung wird nur Musik ohne Verstärker erlaubt. Geprüft werden sollen u.a. Ostpark, Olympiasee, Harras, Orleansplatz, Schweizer Platz, Willy-Brandt-Platz

Begründung:

Die ursprüngliche Idee (die übrigens nicht vom langjährigen Veranstalter stammt, sondern bereits Jahre früher in Stadtratsanträgen gefordert wurde!) des Stadtstrandes war es, unbelebte, eher unattraktive Orte und Plätze in der Stadt durch eine temporäre kulturelle Veranstaltung aufzuwerten. In kürzester Zeit hat sich daraus ein Event entwickelt, bei dem die Kultur nur eine Randerscheinung ist und der Profit des Betreibers im Vordergrund steht. Die betroffenen Bezirksausschüsse haben sich in den letzten Jahren immer wieder gegen die enormen Belastungen für die Anwohner gewehrt. (Als positives Beispiel, wie so eine Veranstaltung im Einvernehmen mit der Umgebung funktionieren kann, sei das letztjährige „Make Nussbaumpark gschmeidig again“ angeführt.) Die anstehende Sanierung der Ludwigsbrücke und der damit zwingend einhergehende „Umzug“ der Strandveranstaltung weg vom Vater-Rhein-Brunnen bietet die Chance, den Stadtstrand zurück zu seinen Wurzeln zu bringen und der maximalen Kommerzialisierung ein Ende zu bereiten.

In der immer dichter bebauten und bevölkerten Stadt brauchen die Münchenerinnen und Münchner dringend Orte der Naherholung, keine Partyzonen, die das Ruhebedürfnis der Anwohner ignorieren.

Initiative:

weitere Fraktionsmitglieder:

Richard Progl

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim,
Mario Schmidbauer, Andre Wächter

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19. Juni 2019

Antrag

Radeln im Grünen I: Radverkehrsrouten auch weiterhin durch Grünflächen führen

Der Münchner Stadtrat beschließt, dass Radverkehrsrouten weiterhin durch Parks und Grünanlagen geführt werden können, gerade auch im Haupttroutennetz.

Begründung

Mit dem *Grundsatzbeschluss zur Förderung des Radverkehrs in München - Fortschreibung und Radverkehrsbericht 2017* wurde im Februar diesen Jahres beschlossen, Radverkehr weitestgehend aus Parks und Grünanlagen fernzuhalten, gerade wenn es um das Haupttroutennetz in München geht.¹ Daher wird nun bei Planungen neuer Parks, wie dem Pühn-Park, trotz vergangener positiver Rückmeldungen kein Radweg mehr eingeplant.²

Diese Vorgehensweise ist konträr zu dem erklärten Ziel der Landeshauptstadt München, den Radverkehrsanteil zu steigern. Nur mit dem Ausbau des Radverkehrs können verabschiedete Ziele zu Luftreinhaltung und Klimaschutz eingehalten werden. Lärm kann reduziert werden und beim Umstieg von Bürgerinnen und Bürgern aufs Rad können auch Staus vermindert werden.

Radfahren im Grünen abseits von Hauptstraßen, Lärm und Abgasen macht diese Verkehrsform sehr attraktiv und sicher. Wenn Radfahrende von Grünanlagen ausgeschlossen werden, ist das ein falsches Signal und führt zu weiterem Verdruss bei diesen für eine Verkehrswende dringend notwendigen Verkehrsteilnehmern.

Zu Berufsverkehrszeiten am Morgen treffen in Parks und Grünanlagen Radfahrende nur selten auf Fußgängerinnen und Fußgänger. Nutzungskonflikte von Fußgängern und Radfahrenden bestehen nur bei der Freizeitnutzung am Wochenende und manchmal nachmittags oder abends bei gutem Wetter. Zu diesen Zeiten muss eben gegenseitige Rücksichtnahme gelten, soweit Rad- und Fußwege nicht getrennt durch die Grünflächen verlaufen.

Sonja Haider (ÖDP) und Tobias Ruff (ÖDP)

¹ „...Dies erfordert allerdings die weitestgehende Herauslösung der Haupttrouten aus den Grünanlagen sowie infrastrukturelle und bewusstseinsbildende Maßnahmen im Einzelfall einer unumgänglichen Haupttroutenführung durch Grünanlagen...“ siehe Seite 18, unter: www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/4747512.pdf

² www.google.com/maps/d/viewer?mid=1SpcNTPImCxKv1WdXmq2jq6hspE&msa=0&ll=48.11108459648045%2C11.616686796875001&z=15



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19. Juni 2019

Antrag

Radeln im Grünen II: Radverkehrsrouten im Grünen verknüpfen, verbessern und veröffentlichen

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, sichere Radverkehrsrouten im Grünen zu schaffen und bereits vorhandene zu verknüpfen und zu verbessern. Dieses Radroutennetz durch Grünflächen und Parks soll veröffentlicht und bei relevanten Navigationsdiensten eingespeist werden.

Begründung

Radeln im Grünen ist sehr attraktiv, gesundheitsfördernd und oft zügiger als im Hauptverkehrsnetz.

Einige Münchner Radwege im Grünen sind nicht bekannt oder ausgewiesen, bei einigen ist offiziell das Radfahren nicht erlaubt, obwohl seit Jahrzehnten praktiziert. Die Möglichkeit einen „grünen“ Radweg auszuweisen sollte unter geringstmöglichem Eingriff in die Natur erfolgen, z.B. durch Vermeidung von Baumfällungen.

Radwege, wie z.B. der Schirmerweg entlang der Würm, sind mit ca. zwei Metern oft zu schmal für Rad- und Fußverkehr in beide Richtungen. Um Konflikte zu vermeiden, sollen solche Wege verbreitert werden, sofern eine Führung von Rad- und Fußverkehr auf getrennten Wegen nicht möglich oder nicht sinnvoll ist.

Radverkehr kann gebündelt und kanalisiert werden, wenn attraktive Verbindungen geschaffen werden. So ist Schwabing-West bestens mit der Ackermannbogenbrücke an den Olympiapark angeschlossen. Es lassen sich durch solche Verbindungen große Kreuzungen vermeiden und Umwege werden durch die eingesparte „Ampelzeit“ attraktiv.

Beispielgebend können die grünen Routen in Kopenhagen sein, die die Stadtverwaltung in den letzten Jahren vermehrt in Parks eingerichtet hat.

Sonja Haider (ÖDP) und Tobias Ruff (ÖDP)

ÖDP - Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 269 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19. Juni 2019

Antrag

Radeln im Grünen III: Konfliktzonen zwischen Rad- und Fußverkehr in Grünanlagen vermeiden und entschärfen

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Planung zur Vermeidung und Entschärfung von vorhandenen Konfliktzonen zwischen Rad- und Fußverkehr in Grünanlagen vorzulegen.

Eine klare Kennzeichnung von Wegen ist unabdingbar. Alternative attraktive Ausweichrouten für Radfahrende sollen entwickelt und umgesetzt werden.

Begründung

Oft ist es für Radfahrerinnen und Radfahrer unklar, welche Wege sie in Grünanlagen benutzen dürfen. Während der Nutzung von sich kreuzenden und schlängelnden Wegen verliert man leicht den Überblick, wenn sich Rad- und Fußwege nicht durch unterschiedlichen Belag unterscheiden.

Oft könnte die Unterscheidung durch asphaltierte Radwege und Fußwege mit wassergebundener Decke verdeutlicht werden, wenn dieser Unterschied im Belag durchgängig eingehalten würde.

Als Beispiel für eine gute Radwegführung kann „Am Durchblick“ in Obermenzing dienen. Nicht nur ist die Kennzeichnung eindeutig, es ist auch die Alternativroute über eine Stichstraße attraktiver und schneller, als in uneinsehbaren Kurven Fußgängerinnen und Fußgängern zu begegnen.

Die Beschilderung in Berlin kann ebenfalls beispielgebend sein. Auf den Schildern in Berliner Grünanlagen wird angezeigt, dass Fußgänger Vorrang haben und Radfahren erlaubt ist.

In der Praxis sind Radfahrerinnen und Radfahrer nicht aus Grünanlagen zu verbannen, außer sie sind wie im Nymphenburger Park durch eine Mauer ausgegrenzt. D.h. eine Markierung von reinen Fußgängerwegen wird von Radfahrenden missachtet, wenn nicht attraktivere Routen zur Verfügung stehen. Eine Einhaltung der Regeln durch Kontrollen ist sehr aufwändig. Alle Verkehrsteilnehmer sind frustriert. Eine Wegführung, wie nun im Pühnpark geplant, mit der Ausgrenzung von Radfahrerinnen und Radfahrern wird zu Konflikten führen, sollte nicht eine Rad-Ausweichroute mit geplant werden.

Sonja Haider (ÖDP) und Tobias Ruff (ÖDP)



Illustration: Bernadette Felsch

ÖDP - Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 269 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19. Juni 2019

Antrag

Radeln im Grünen IV: Unvermeidliche Konfliktzonen zwischen Rad- und Fußverkehr in Grünanlagen optisch erkennbar machen

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Markierung zu entwickeln, mit der Konfliktzonen von sich schneidendem Fuß- und Radverkehr in Grünanlagen optisch erkennbar gemacht werden können. Das Ziel ist eine aufmerksame und auf andere Verkehrsteilnehmer gerichtete Wahrnehmung und vorsichtigerer Nutzung der Wege. Dabei ist darauf zu achten, dass kein Verkehrsteilnehmer die Markierung als „Vorfahrt“ missverstehen kann.

Begründung

Bei Konfliktzonen zwischen Auto- und Radverkehr gibt es bereits die optische Warnung mit einer roten Straßenmarkierung des Radwegs. Wenn an gefährlichen Kreuzungen Fußgängerinnen und Fußgänger auf Radfahrerinnen und Radfahrern treffen, gibt es noch keine optische Warnung.

Als Beispiele sind die Aufgänge bzw. Auffahrten des Pasinger Wolkentunnels oder die Kreuzung der Untermenzinger Friedhofsbrücke (von der Kirche zum Friedhof) und der Behringstraße zu nennen.

Die Markierung soll nicht als „Vorfahrt“ interpretiert werden, wie das mit der roten Markierung auf der Residenzstraße zwischen dem Hofgraben und der Maximilianstraße der Fall war. Vorstellbar wären schräge Streifen oder eine Markierung mit einer anderen Farbe.

Sonja Haider (ÖDP) und Tobias Ruff (ÖDP)

ÖDP - Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 269 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de